

Dringliche Motion Fraktion GFL/EVP (Manuel C. Widmer, GFL/Bettina Jans-Troxler, EVP): Klimaschutz? Zäme geits! Fenster- und Tür-Sanierungen vorziehen

Angesichts der zunehmenden Sensibilisierung für die Klimafrage, ist die Stadt Bern gut beraten, nicht auf deklarative Ziele, sondern auf wirksame Massnahmen zu setzen. Eine solche, wirksame Massnahme ist das Dämmen von Gebäuden, um Wärmeverluste – insbesondere im Winter – zu vermeiden, ist das Einsetzen von neuen, dämmenden Fenstern. Damit kann der Wärmeverlust vermindert werden. Das bedeutet gleichzeitig, dass weniger Energie für das Heizen eingesetzt werden muss, weil die Wärme im Haus bleibt. Je nach Quelle kann mit dem Einsetzen von neuen Wärmeschutzfenstern der Verlust um 30-60% und der Heizenergieverbrauch in ähnlichem Masse reduziert werden.

Diese klimarelevante Massnahme ist relativ einfach umsetzbar – man muss es nur wollen.

Der Gemeinderat wird beauftragt,

1. zu evaluieren, bei welchen Gebäuden im Verwaltungs- und Finanzvermögen durch eine Sanierung der Fenster (und Türen) der Wärmeverlust – und damit die CO₂-Emission – in einem relevanten Mass¹ reduziert werden kann.
2. dem Stadtrat innert möglichst kurzer Frist einen Plan inklusive Finanzierung für eine schnelle (zum Teil wohl vorgezogene) Fenster- und Tür-Sanierung möglichst vieler Liegenschaften vorzulegen. Der Vortrag soll neben den Kosten auch eine Aufstellung enthalten, die aufzeigt, wie viel CO₂ durch die Massnahmen eingespart werden kann – und wie viel Geld (durch die Einsparung von Heizmitteln).
3. auch Liegenschaften, deren Sanierungen bereits geplant sind, sollen in die Evaluation einbezogen werden, weil sich eine vorgezogene Teilsanierung eventuell rechnet, oder die CO₂-Bilanz massiv verbessert werden könnte.

Begründung der Dringlichkeit

Grosse Teile der (Stadt)Bevölkerung sind sich mittlerweile einig, dass der Klimawandel eine der grössten Herausforderungen der Zukunft ist. Auch klar ist, dass wenn nicht sofort gehandelt wird, es eventuell irgendwann zu spät sein könnte. Der Aufruf zum zeitnahen Handeln ist auf der Strasse und in der Politik unüberhörbar. Mit machbaren Beiträgen zuzuwarten, würde nicht mehr verstanden.

Bern, 06. Juni 2019

Erstunterzeichnende: Manuel C. Widmer, Bettina Jans-Troxler

Mitunterzeichnende: Anna Schmassmann, Brigitte Hilty Haller, Marcel Wüthrich, Matthias Stürmer, Lukas Gutzwiller, Joëlle de Sépibus

¹ Natürlich kann überall durch Sanierung ein gewisses Mass an Emissionen eingeschränkt werden. Gemeint sind natürlich Sanierungen, durch welche eine wirksame Reduktion erwirkt werden kann – und das mit einem verhältnismässigen Aufwand.

Antwort des Gemeinderats

Die Stadt bekennt sich zu einer fortschrittlichen Energie- und Klimapolitik. Artikel 8 der Gemeindeordnung vom 3. Dezember 1998 (GO; SSSB 101.1) gilt als Fundament für städtische Massnahmen zum Schutz der Umwelt. Energie soll sparsam genutzt und die Versorgung durch erneuerbare und einheimische Energieträger unterstützt werden. Mit der Energie- und Klimastrategie 2025 hat die Stadt Bern bereits 2015 die Weichen gestellt, um das Klima effizienter zu schützen. Der Gemeinderat überprüft die Wirkung seiner Massnahmen alle zwei Jahre, zuletzt im Mai 2019. Bei der Überarbeitung der Energie- und Klimastrategie für den Zeithorizont 2026 bis 2035 wurden die Ziele noch einmal deutlich verschärft und die bereits beschlossenen Massnahmen sollen entschieden umgesetzt werden. Der Gemeinderat strebt bis 2035 eine Reduktion der städtischen territorialen CO₂-Emissionen (ohne Kompensation durch Kauf von Klima-Zertifikaten) auf eine Tonne CO₂ pro Kopf und Jahr an. Um die Reduktion der CO₂-Emissionen auf Stadtgebiet zu beschleunigen, hat der Gemeinderat am 22. Mai 2019 den «erweiterten Handlungsplan Klima, Stadt Bern» verabschiedet.

Hinsichtlich ihrer Immobilienstrategie hält sich die Stadt an klar definierte Nachhaltigkeitskriterien und betrachtet immer den gesamten Lebenszyklus einer Immobilie. Basierend darauf wird auch der Ersatz von Türen und Fenstern bei bestehenden Liegenschaften jeweils gesamtheitlich betrachtet und geplant. Dabei wird allen drei Dimensionen der Nachhaltigkeit Beachtung geschenkt. Die Praxis zeigt, dass neben einem Fensterersatz gleichzeitig auch neue oder zusätzliche Wärmedämmungen an verschiedenen Bauteilen wie Dach, Kellerdecken oder auch Fassaden durchaus Sinn machen bzw. nötig sind.

Ein vom Gesamtkonzept losgelöster Fenster- und Türeneinsatz widerspricht dem Gedanken einer nachhaltigen Gesamtanierung, was einer gesamtheitlichen Betrachtungsweise inklusive Einbezug der Bauphysik entspricht. In den meisten Fällen werden nicht nur Fenster und Türen saniert, sondern auch Dächer, Fassaden und Kellerdecken gedämmt. Mit einem solchen Vorgehen kann die CO₂-Bilanz nachhaltig verbessert werden. Werden lediglich Fenster und Türen ersetzt, wird die Möglichkeit einer späteren Gesamtanierung oft erschwert. So lange der Ersatz von Fenster und Türen nämlich noch nicht amortisiert ist, müsste im schlechtesten Fall investiertes Kapital vernichtet werden. Zudem sind neue Fenster dichter als alte, so dass oftmals ohne den Einbau einer Komfortlüftungsanlage das Risiko von Schimmelbildung besteht. Werden nur Fenster und Türen ersetzt, wäre regelmässiges Stosslüften nicht nur erwünscht, sondern zwingend notwendig, was von Mieterinnen und Mietern nicht verlangt werden kann und auch nicht immer befolgt würde. Insgesamt würde ein alleiniger Fensterersatz zu baulichen Folgeproblemen und im schlimmsten Fall zu gesundheitlichen Risiken für die Mieterschaft führen, die bei einer Gesamtanierung nicht auftreten.

Immobilien Stadt Bern (ISB) verschafft sich seit 2012 im Portfolio des Fonds für Boden- und Wohnbaupolitik und seit 2015 im Portfolio des Verwaltungsvermögens mit dem Instrument des Nachhaltigen Immobilienmanagements (NIM) einen jährlichen Überblick über die städtischen Liegenschaften. Die nachhaltige Entwicklung wird pro Liegenschaft anhand der drei Aspekte Gesellschaft, Wirtschaft und Umwelt ausgewertet. Mit den hinterlegten Relevanzlisten pro Gebäudekategorie werden in der eigens programmierten NIM-Software in 38 Handlungsfeldern die Fortschritte oder Rückstände dokumentiert. Diese Dokumentation bildet eine wichtige Basis für die Vorgabe konkreter Sanierungsziele.

Bei sämtlichen baulichen Eingriffen bei städtischen Liegenschaften wird das Ziel verfolgt, gesamtheitliche Lösungen im Sinne der umfassenden Nachhaltigkeit zu realisieren. Mit «Pflasterli-Politik und Pinsel-Sanierungen» werden aus Erfahrung meistens mehr Probleme generiert als gelöst.

Das oberste Ziel des Gemeinderats ist es, dank eines nachhaltigen Immobilienmanagements gute Gebäude für die nächsten Generationen zu erhalten und bereitzustellen. Grundsätzlich gilt: Mit einer umfassenden und durchdachten Gebäudeerneuerungsstrategie können die Massnahmen an Gebäudehülle und Haustechnik so aufeinander abgestimmt werden, dass das Energiesparpotenzial maximal ausgeschöpft werden kann. Durch eine Gesamtsanierung am Gebäude ergeben sich zudem Synergien, so dass die Investitionskosten in der Regel tiefer ausfallen als die Summe von Einzelinvestitionen.

Für den Gemeinderat ist es nicht zielführend, mittels Teilsanierungen von Fenstern und Türen eine «Pflästerli-Politik» zu betreiben. Kosten und Ertrag in Form einer verbesserten Energieeffizienz stehen bei einem solchen Vorgehen selten im Einklang. Vor diesem Hintergrund lehnt der Gemeinderat die Motion ab.

Folgen für das Personal und die Finanzen

Der grössere Aufwand bei Personal und Finanzen ist derzeit nicht abschätzbar.

Antrag

Der Gemeinderat beantragt dem Stadtrat, die Dringliche Motion abzulehnen.

Bern, 21. August 2019

Der Gemeinderat